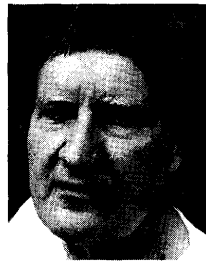


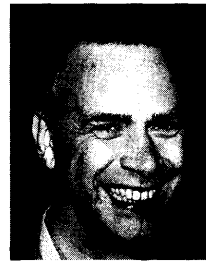
Bis in vier Jahren haben wir den Euro – oder nicht

■ Die Bundesrepublik Deutschland ist der stärkste Partner der geplanten Währungsunion und auch der stärkste Befürworter. Dumm ist nur, dass die deutsche Wirtschaft zurzeit stagniert, während finanzielle Verpflichtungen weiterlaufen.

Gäbe es kein Datum für eine Währungsunion, so würde die Bundesrepublik wieder mehr ausgeben, dann hätte die deutsche Wirtschaft mehr Aufträge, dann würde auch das vor dem Euro geflohene Kapital nach Deutschland zurückkehren und die Bundesrepublik wäre wieder Euro-fähig – bis es dann wieder soweit wäre und ein Datum für die Währungsunion festgelegt würde. Übrigens kann von jedem für die Währungsunion kandidierenden Land eine solche Geschichte erzählt werden, aber von jedem eine andere. Denn die EU besteht aus Ländern, die zwar formal ähnliche, faktisch aber sehr unterschiedliche Wirtschaftssysteme haben. Die Vereinheitlichung der Gesetze und Tarife genügt da nicht, um gleich zu werden; vielmehr geht es um die Handhabung, um Sitten, um Unausgesprochenes, um Toleranzen. Dabei gibt es kein Optimum, keine wirkungsvollste Wirtschaftsverfassung; so unterschiedlich wirtschaftende Länder wie Holland und Italien sind gleichermaßen erfolgreich. Werden sie es bleiben, wenn sie gleich werden? Den Ausgleich zwischen dem Unterschiedlichen und doch Kooperierenden besorgt gegenwärtig der Wechselkurs. Wird man diesen Regulator wirklich in drei Jahren abschaffen? – Prophezeien ist Glückssache; gute Prophetie tut nichts anderes, als sich die gegenwärtige Situation klarmachen, und die spricht für Verschiebung.



Lucius Burckhardt (links), Professor an der Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Stadtplanung, und Nikolaus Wyss (rechts), Publizist in Zürich, schreiben in dieser Rubrik jeden Monat für die STZ



■ Ich bin der Ansicht, dass sich die grösste Gefahr für den Euro nicht bei den hohen Eintrittskriterien und dem festgesetzten Datum versteckt hält, sondern beim Herbeireden allfälliger Schwierigkeiten.

Man kann Krisen und Kriege herbeireden, und die Geschichte ist voll solcher verheerender Stimmungskiller.

Doch es gibt schliesslich auch gegenteilige Beispiele. Das deutsche Wirtschaftswunder des Ludwig Erhard stand ja, bevor es Wirklichkeit wurde, auf sehr wackeligen Füßen und wurde von kritischen Zeitgenossen und Investoren wenn nicht gar belächelt, so doch für unwahrscheinlich gehalten.

Um bei Deutschland zu bleiben, so lehren auch die Vorgänge rund um die Wiedervereinigung, dass die Kraft des Politischen noch allemal stärker ist als das ökonomische Erbsenzählen. Es wird eine der reizvollen Aufgaben der Historiker sein, nachzuweisen, wie sich die Annäherung der beiden Deutschlands allen Unkenrufen der Wirtschafts- und Finanzexperten zum Trotz unaufhaltsam vollzieht. Das sind aber keineswegs natürliche Vorgänge, sie basieren vielmehr auf einem politischen Willen, der unablässig von der jetzigen Regierung in Bonn propagiert wird, namentlich von Kanzler Helmut Kohl. Nach allem, was diese Regierung schon erreicht hat und nachdem sie gegen die unablässige Kritik schon ziemlich immunisiert ist, möchte ich ihr eigentlich zutrauen, dass ihr Glaube an den Euro Früchte trägt und die allgegenwärtigen Warner in den Schatten stellt. Im Zuge eines sich einstellenden Erfolgs werden sich die anderen EU-Staaten herausgefordert sehen, mit der Währungsunion ernst zu machen.